

12 Anträge (schriftlich)

12.1 Verhinderung der unregelmäßigen Durchfahrt in der Fußgängerzone (GR Pogner, ÖVP)

In Beantwortung meines Antrages Nr. 779/2015 wurde ausgeführt, dass das Stadtpolizeikommando gebeten wird, eine Schwerpunktaktion – über das übliche Maß hinausgehend – durchzuführen, um die Fahrten durch die Fußgängerzone zu überwachen und über die diesbezüglichen Ergebnisse das Straßenamt zu informieren.

Nachdem es nach wie vor zu häufigen Beschwerden über Durchfahrten praktisch während des gesamten Tagesverlaufes vor allem im Bereich zwischen der Landhausgasse und der Stempfergasse kommt und damit vor allem in diesen Bereichen von einer Fußgängerzone praktisch schon nicht mehr gesprochen werden kann, wäre es sinnvoll – zumindest in diesen neuralgischen Bereichen – die Zufahrt zur Fußgängerzone mittels zeitgeschalteten Pollern einzuschränken.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die für den Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr beauftragt wird, wie in meinem Antrag vom 1.6.2017 bereits ausgeführt, die Zufahrten zur Fußgängerzone (vor allem im Bereich zwischen der Landhausgasse und der Stempfergasse) mit zeitgeschalteten Pollern auszustatten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.2 Sinnhaftigkeit des Schilderwaldes (Überbeschilderung)
(GRⁱⁿ Sabine Wagner, ÖVP)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Als betroffene Verkehrsteilnehmerin, aber auch als Bewohnerin von Graz, ist für mich im zunehmenden Maße festzustellen, dass die Beschilderung im öffentlichen Raum ausufert. Sämtliche VerkehrsteilnehmerInnen werden durch die Flut an Gebots-, Verbots- und Hinweiszeichen etc. dermaßen überfordert, dass das eigentliche Verkehrsgeschehen nicht mehr im Mittelpunkt steht.

Wesentlichster Punkt, um Schilder einzusparen, sind Bereiche, die nach der StVO per se geregelt sind und somit keiner Beschilderung bedürften.

Straßenzüge in Graz, die Kuppen, Kurven, Fahrbahnverengungen beinhalten, wo die StVO (z. B. § 24/1b) ganz klar vorgibt, dass ein Halten und Parken absolut verboten ist. Ebenso gravierende Schilderverursachung ist die in den letzten Monaten zunehmende Verkomplizierung der Verkehrsführung (z. B. Opernring, Plüddemanngasse, Keplerbrücke etc.). Hier werden die VerkehrsteilnehmerInnen in nicht logischer Weise zur Weiterfahrt gezwungen und dies ermöglicht nur eine außertourliche Beschilderung.

Sinnlose „Vorrang geben“ Tafeln, wo eindeutig die Rechtsregel zum Tragen kommt, sind eben nicht nur ein Zeichen für den o. a. Schilderwald, sondern darüber hinaus scheint man den VerkehrsteilnehmerInnen kein regelkonformes Verhalten mehr zuzutrauen.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die Mag.Abt. 10/1 – Straßenamt wird ersucht, die Vielzahl und Sinnhaftigkeit der Verkehrsschilder in Graz zu prüfen bzw. zu evaluieren, um die Verkehrssituation für alle Beteiligten sicherer und ökonomischer zu machen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.3 Schulprogramm zur Finanzkompetenz (GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ)

“Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“, ist ein altbewährtes Sprichwort. Diesem Ansatz folgt auch die Schuldnerberatung Oberösterreich, die an die Schulen geht und dort – unter anderem mit selbst entwickelten Online-Lernmaterialien – Jugendliche im verantwortungsbewussten Umgang mit Geld schult. Denn als Schnäppchen angepriesene Waren und One-Klick-Käufe im Internet verführen bereits junge Menschen dazu, ihr Konto überzustrapazieren. Nicht selten zieht sich diese Dauerverschuldung wie ein roter Faden hinein ins Erwachsenenleben, wo dann oft nur noch mit Mühen aus der Schuldenfalle herauszufinden ist – wenn überhaupt. Verschuldung ist ein häufiger Grund für Depression, Aggression und Verzweiflung. Prävention bereits im jugendlichen Alter könnte dem ideal vorbeugen. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz mögen an den Landesschulrat und kompetente Vereine, wie etwa die Schuldnerberatung Steiermark, herantreten, um ein Programm zur Finanzkompetenz zu entwickeln, das in allen allgemeinbildenden Schulen zur Anwendung kommt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.4 Personalpool für LegasthietrainerInnen
(GR Mag. Fabisch, KPÖ)**

Lese- und Rechtschreibschwächen dürfen nach der Volksschule kein Thema mehr sein. Legasthenie und Dyskalkulie werden heutzutage dank der umfangreichen Ausbildung von PädagogInnen rasch erkannt. Doch muss diese Lese- und Rechtschreibschwäche umgehend behandelt werden. Im Rahmen des normalen Schulbetriebes kann dies trotz der fundierten Ausbildung der PädagogInnen schon allein aus zeitlichen Gründen nicht geleistet werden.

Und hier findet sich ein Problem: Familien mit Kindern, welche von Legasthenie und Dyskalkulie betroffen sind, müssen selbst externe TrainerInnen aufsuchen, was mit einem zeitlichen und vor allem mit einem finanziellen Aufwand für die Erziehungsberechtigten verbunden ist.

Deswegen sollten LegasthietrainerInnen an Schulen zur Verfügung stehen. Sinnvoll wäre es, an den Schulen selbst - wo eben Bedarf besteht - Stunden anzubieten, die die Betroffenen gratis nutzen könnten. Ein Personalpool von ca. zehn ambulanten BetreuerInnen, welche bei der Stadt angestellt sind, könnte den dringendsten Bedarf an den Grazer Pflichtschulen rasch decken. Damit wäre das Problem am schnellsten reduziert und die Belastung der Eltern hätte ein Ende.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz und die zuständigen Stellen mögen überprüfen, ob eine Installierung eines Personalpools für LegasthietrainerInnen, welche bei der Stadt Graz angestellt sind und als ambulante BetreuerInnen an Grazer Pflichtschulen eingesetzt werden können, durchführbar wäre.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.5 Sportpass – Gratis-Sportangebote für Menschen mit wenig Einkommen (GR Mag. Fabisch, KPÖ)

Das nahende Sportjahr 2021 soll Sport in der Stadt Graz in den Mittelpunkt rücken. Das ist gut so. Denn Bewegung und Sport sind bekanntlich äußerst wichtig, um physisch und psychisch gesund zu bleiben und tragen zum allgemeinen Wohlbefinden bei. Besonders für Menschen mit geringem Einkommen ist die Gefahr der Isolation groß, da die Möglichkeiten, Aktivitäten außer Haus nachzugehen, ohne Geld dafür bezahlen zu müssen, stark eingeschränkt sind. Beim gemeinsamen Sport tut man etwas für die Gesundheit, man kommt ins Gespräch mit Gleichgesinnten und kann so wertvolle Kontakte knüpfen. Zugleich kann man persönliche Energie tanken und schwierige Lebensphasen besser bewältigen.

Deshalb sollte es in Graz – und längerfristig auch in der Steiermark - einen Sportpass für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen geben, ähnlich dem Kulturpass „Hunger auf Kunst und Kultur“. Der Pass würde den Betroffenen ermöglichen, die Sportangebote der Vereine zu nutzen und gratis zu trainieren. Gelten müssten dazu die gleichen Kriterien (und auch Ausgabestellen) wie beim Kulturpass.

In Wien gibt es bereits ein funktionierendes Beispiel, den sogenannten „TUWAS!PASS“. Dabei stellen – analog zum Kulturpass-Modell - die Sportvereine eigene Kontingente zur Verfügung, die von Tuwas!Pass-InhaberInnen nach Verfügbarkeit in Anspruch genommen werden können. Die Trainingsplätze werden von den Sportvereinen und anderen Anbietern als „gute Tat“ auf eigene Kosten zur Verfügung gestellt - sie bekommen dafür keinen Kostenersatz.

Die Stadt Graz könnte dem Wiener Beispiel folgen und den Anstoß für die Schaffung von Strukturen für die Umsetzung eines Sportpasses schaffen. Weiters könnte sie aktiv an die Vereine herantreten, damit diese Kontingente für das Projekt zur Verfügung stellen.

Wird der Sportpass erfolgreich umgesetzt, könnten bald alle, unabhängig von ihrer finanziellen Lage, Graz als „Sporthauptstadt“ erleben.

Mangelnde finanzielle Mittel sollten auf keinen Fall ein Grund sein, das persönliche Bedürfnis nach körperlichen Aktivitäten mit Gleichgesinnten einschränken zu müssen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Das Sportamt, das Sozialamt und die zuständigen Abteilungen werden ersucht, ein Sportpass-Konzept zu erarbeiten mit dem Ziel, diesen bis zum Sportjahr 2021 umzusetzen. Der Sportpass sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass möglichst viele Grazerinnen und Grazer zum Sport animiert werden und, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage, am aktiven Sportgeschehen in Graz teilnehmen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.6 Bezirkssportplatz - Offensive
(GR Sikora, KPÖ)**

Sportstadt Graz: Analog zum Kulturjahr 2020 ruft die Stadt Graz das Sportjahr 2021 aus.

Mit dem Slogan „Mehr Stellenwert für Sport“ setzt die Stadt Graz einen Schwerpunkt in puncto Sportförderung. Mit Aussagen wie „Sport hat schließlich eine erzieherische, gesundheitsfördernde, gesellschaftlich-soziale und eine wirtschaftliche Funktion“ und „dass wir mit Sport und Bewegung dazu beitragen können, unser Leben qualitativ zu gestalten“ nimmt die Stadt Graz auch ordentlich Geld in die Hand, welches in die Nachwuchs- und Sportförderung der Stadt Graz fließt. Durchaus auch wichtig, wird

dadurch doch der Breitensport gefördert und eine finanzielle Basis für Kleinvereine auf die Beine gestellt.

Was jedoch leider auf der (Lauf-)Strecke bleibt, ist die Förderung von Sportanlagen für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, welche nicht in Vereinen unterkommen und sich trotzdem – privat - sportlich betätigen wollen. Nachdem die Stadt Graz aufgrund der regen Bautätigkeit an der 300.000-Einwohner-Marke kratzt, fehlt es noch an Möglichkeiten, Sportplatzangebote der Stadt Graz in Anspruch nehmen zu können. Dabei reichen die vorhandenen Bezirkssportplätze schon lange nicht mehr aus. So gibt es auch in Leonhard keinen geeigneten Bezirkssportplatz, in stark wachsenden Bezirken wie in Puntigam bzw. generell in den Randbezirken gibt es zu wenig Angebot.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Graz-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates sowie der Herr Stadtrat für Sport werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob - wie im Motivenbericht beschrieben - es möglich wäre, das Angebot für kostenlose Sportmöglichkeiten in Form von Bezirkssportplätzen im Grazer Stadtgebiet auszubauen und den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.7 Downhill-Strecke und Wanderweg am Plabutsch
(GR Sikora, KPÖ)**

Im heurigen Frühjahr stellte ich einen Antrag an den Grazer Gemeinderat betreffend „Plabutsch - Downhill Strecke kollidiert“.

In der Beantwortung wurde mir mitgeteilt, dass das besagte Teilstück der Strecke auf einem privaten Waldgrundstück liegt und die Trassenführung der Strecke mit dem Waldbesitzer abgestimmt wurde. Auch war dieses Teilstück kein offiziell ausgewiesener Wanderweg. Im betroffenen Teilstück bei „Herrgott auf der Wies“ führen der Wanderweg Nr. 2 sowie der Wanderweg Nr. 5 in unmittelbarer Nähe auf den Plabutsch. Die neu errichtete Downhill-Strecke wurde jedoch auf einem Pfad errichtet, welcher in der Vergangenheit, als es die Downhill Strecke noch nicht gab, von zahlreichen Wanderern als Abkürzung in Richtung „Herrgott auf der Wies“ und weiter in Richtung Steinberg bzw. Thalersee genutzt wurde.

Nach einem Hinweis habe ich mir selbst von der Lage ein Bild gemacht und festgestellt, dass auf dem besagten Teilstück noch immer Wanderer mit Downhill-Bikern kollidieren. Grund hierfür ist eine unzureichende Beschilderung zur Wegführung im oberen Teil der Strecke vom Plabutsch bzw. Jägersteig kommend.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob im besagten Bereich - wie im Motivenbericht beschrieben - eine bessere Beschilderung zur Ausweisung der bestehenden Wanderwege vorgenommen werden kann. Wanderer würden dadurch auf die richtigen Wanderwege geleitet und dadurch ließe sich ein Kollidieren mit Downhill-Bikern vermeiden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.8 Jakominiplatz – Grünraum- und Erholungskonzept (GR Sikora, KPÖ)

Bei der Neugestaltung des täglich von ca. 80.000 Menschen frequentierten Jakominiplatzes im Jahre 1996/97 sind bei der Planung bezüglich Baumpflanzungen und der Erholungsmöglichkeiten leider sehr viele Fehler passiert, welche erst nach Fertigstellung der Umbauarbeiten am Jakominiplatz zum Vorschein kamen. Zu kleine Baumscheiben und nicht ausreichend unterirdischer Platz für das Wurzelwerk machen den Bäumen schon seit Anbeginn der Umgestaltung dieses Platzes schwer zu schaffen. An einigen Standorten sind seither die Bäume schon mehrmals abgestorben. Viele Neupflanzungen waren notwendig, die sicher auch schon sehr viel Geld gekostet haben.

Aber auch jetzt – 22 Jahre nach der Umgestaltung – können sich die Bäume noch immer nicht wirklich entwickeln. Bäume, die bereits im Juli oder August die Blätter verlieren, abgestorbene Bäume und Baumstümpfe prägen das traurige Bild des Jakominiplatzes. Auch gibt es sehr wenige Plätze zum Wohlfühlen. An einigen Punkten wäre eine Bepflanzung der Baumscheiben mit Bodendeckern möglich. Auch der Einsatz von Rundbänken um die Bäume herum wäre da denkbar.

Besonders schlimm ist das Warten auf die Straßenbahn und den Autobus in den Sommermonaten, wenn die Hitze der Stadt besonders drückt. Deshalb gibt es schon seit Jahren den vielfachen Wunsch der BürgerInnen, rund um das Rondeau einige zusätzliche Bäume zu pflanzen und weitere Sitzgelegenheiten zu schaffen. Dieser Wunsch wurde bisher immer mit dem Argument abgetan, erst den derzeitigen Baumbestand nachhaltig sichern und dann erst über Zusatzpflanzungen nachdenken zu wollen.

Aufgrund der spezifischen Voraussetzungen könnte man am Jakominiplatz auch an die Errichtung von begrünten Laubengängen denken. Diese bieten maximalen Schatten in Innenstadträumen und bieten gleichzeitig ein angenehmes Mikroklima.

Ich denke, es ist höchst an der Zeit, ein Gesamtsanierungskonzept für die Bäume sowie für weitere Erholungsmöglichkeiten am Jakominiplatz auszuarbeiten, damit dieser Platz endlich langfristig für Mensch und Natur gedeihen kann.

Ein auf Basis der Gegebenheiten am Jakominiplatz erstelltes Gesamtkonzept könnte später auch als Grundlage für Hitzeplankonzepte für weitere Grazer Plätze herangezogen werden.

2013 habe ich erstmals den Antrag gestellt, die beschriebenen Mängel am Jakominiplatz zu beheben und ein sinnvolles und lebenswertes Gesamtkonzept für eine Neugestaltung des Jakominiplatzes zu erarbeiten. Weitere Anträge habe ich in regelmäßigen Abständen 2015, 2016, 2017 und auch heuer schon eingereicht. Auf meine in der aktuellen Gemeinderatsperiode gestellten Anträge habe ich bisher nicht einmal eine Antwort erhalten. Selbstverständlich ist klar, dass für die Umgestaltung des Jakominiplatzes eine budgetäre Vorsorge getroffen werden muss, damit das Projekt endlich in Angriff genommen werden kann.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der zuständige politische Referent werden ersucht, für die Realisierung eines Grünraum- und Erholungsgesamtkonzeptes für den Jakominiplatz budgetäre Vorsorge zu treffen, damit das Projekt unter Berücksichtigung der im Motivenbericht ausgeführten Aspekte möglichst bald in Angriff genommen und umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.9 Verbesserung für Alleinerziehende bezogen auf den Familienpass
(GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ)**

Der Familienpass des Landes Steiermark ist eine wichtige soziale Maßnahme, die zielgerichtet Familien mit geringem Einkommen Ermäßigungen in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur, Bildung und auch Verkehr sicherstellen soll. Unter der Bezeichnung ZWEI UND MEHR Steirischer Familienpass zeigt sich jetzt jedoch, dass die speziellen Ermäßigungen im Verkehrsverbund eine Lücke aufweisen. So beabsichtigte eine Alleinerziehende mit Kind, ihre Eltern eintragen zu lassen, die sie bei der Betreuung ihres Kindes regelmäßig unterstützen. Das war jedoch nicht möglich und von den verantwortlichen Stellen wurde darauf hingewiesen, dass sie nur entweder ihre Mutter oder ihren Vater nennen könne. Drei erwachsene Personen zu benennen, das sei nur dann möglich, wenn zwei davon die Eltern des Kindes bzw. sie und ihr Partner seien. Das ist somit als Benachteiligung für Alleinerziehende zu sehen, die ohnehin schon zahlreiche Belastungen in ihrem Alltag vorfinden und auf jede mögliche Unterstützung aus ihrem Umfeld angewiesen sind. Für Alleinerziehende gilt somit der Familienpass nur mehr unter der Bezeichnung ZWEI, wenn sie keinen Partner oder keine Partnerin zur Betreuung ihrer Kinder eintragen lassen können.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Landes Steiermark werden kontaktiert, um eine dahingehende Verbesserung des ZWEI UND MEHR Steirischen Familienpasses zu prüfen, die Alleinerziehenden ermöglicht, zwei weitere erwachsene Personen ihrer Wahl als Betreuung für das Kind eintragen zu lassen, um die Ermäßigung im Verkehrsverbund im vollem Ausmaß in Anspruch nehmen zu können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.10 Kanaldeckel Anton-Mell-Weg
(GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit der durchgeführten Fahrbahnerneuerung befindet sich der Kanaldeckel auf der Höhe Anton-Mell-Weg 32/34 nicht mehr im ordnungsgemäßen Zustand und scheint nicht richtig auf der Einfassung aufzuliegen. Das führt durch den Straßenverkehr im Wohngebiet zur Geräusentwicklung, die die Anrainer – vor allem in den Nachtstunden – sehr belastet.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge die Reparatur des Kanaldeckels durchführen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.11 Prüfung der Einführung einer regelmäßigen ÖV-Anbindung (Bus) von Graz-Andritz über Kalkleiten etc. nach Stattegg bei Graz
(GR Dreisiebner, KPÖ)**

Im Herbst 2015 wurde eine jahrelang betriebene Buslinie von Andritz über Kalkleiten nach Stattegg trotz der Proteste von AnwohnerInnen, Eltern von Schulkindern und des

Bezirksrates Andritz weitestgehend ersatzlos eingestellt. Einzig ein sogenannter SchülerInnen-Gelegenheitsverkehr wurde für die SchülerInnen der VS Kalkleiten angeboten.

Für die AnwohnerInnen selbst aber auch für die sonstigen Alltagswege von Kindern und Jugendlichen, die in den betroffenen Gebieten Andritz-Ursprungweg, Schöckelstraße, Mühl, Kalkleiten Zösenberg, Hohenberg und Rinnegg leben, gibt es seither keine zumutbare Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. Auch Erholung suchende GrazerInnen, die die genannten Gebiete erreichen möchten, finden keine umweltverträgliche Mobilitätsalternative zum Auto, zum Fahrrad oder zu einem Fußmarsch vor.

Engagierte AnwohnerInnen haben in den letzten Wochen eine bis zum heutigen Tag sehr stark unterstützte Petition gestartet, die folgende Linien-Abdeckung zwischen Andritzer Hauptplatz und Leber vorschlägt: Andritzer Hauptplatz über Ursprungweg - Schöckelstraße - Mühl - Kalkleiten - Zösenberg – Hohenberg sowie nach Möglichkeit unter Einbindung von Rinnegg.

Nun erzählt die Politik im Großraum Graz der interessierten Öffentlichkeit beinahe täglich, dass die Stadt Graz, aber auch die Umlandgemeinden stark wachsen und auch weiterhin stark wachsen werden. Immer wieder gibt es seitens der Politik Ideen und Vorstöße, die Naherholungsgebiete am Rande und in der nächsten Umgebung von Graz besser erschließen zu wollen und diese Erschließung so zu gestalten, dass solche Freizeit- und Grünoasen für jedermann und jederfrau auch ohne eine Autofahrt erreichbar sein sollen. Besonders in Erinnerung ist das Projekt, den Plabutsch und den Thalersee mit einer Millionen Euro teuren Gondel erschließen zu wollen, wovon die schwarz-blaue Koalition aber schließlich Abstand genommen hat. Dort soll es jetzt bekanntlich eine Verbesserung der Buslinie 48 nach Thal und zum Thalersee tun: eine deutliche Taktverdichtung ist fixiert, eine Verlängerung der Fahrtstrecke des Busses weiter Richtung Stadtmitte steht in Prüfung.

Die Rahmenbedingungen zwischen Graz-Gösting bzw. Thal bei Graz ähneln der Situation in den Bereichen Graz-Andritz, Kalkleiten, Hohenberg, Zösenberg, Rinnegg und Stattegg. Hier wie dort wächst die Zahl der BewohnerInnen, das Bewusstsein und der Bedarf nach einer adäquaten ÖV-Verbindung und die Anzahl der Erholungssuchenden Menschen.

Nicht zuletzt belegen diesen Wunsch die derzeit bereits knapp 1.400 Unterschriften einer privaten Initiative, die noch immer sammelt und wo die jetzt schon sehr imposante Unterstützung von Tag zu Tag weiterwächst. Das kann aus unserer Sicht nicht ignoriert werden und so stelle ich folgenden

Antrag:

1. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Abteilung für Verkehrsplanung sowie die Holding Graz Linien zu beauftragen, eine Prüfung über die Einführung einer Busverbindung zwischen Graz-Andritz (Andritzer Hauptplatz) über die Gebiete Ursprungweg - Schöckelstraße - Mühl - Kalkleiten - Zösenberg – Hohenberg sowie nach Möglichkeit unter Einbindung von Rinnegg zu prüfen.
2. Diese Buslinie soll zumindest über Betriebszeiten an sieben Tagen die Woche, jeweils ab Betriebsbeginn bis abends um etwa 20 Uhr oder 21 Uhr aufweisen.
3. Nach erfolgter Prüfung und Ermittlung von geeigneten Varianten für die Linienführung mögen neben der schriftlichen Information an den fachlich zu befassenden Gemeinderatsausschuss für Verkehr auch der Gemeinderat der Gemeinden Stattegg und Weinitzen, der Bezirksrat in Andritz sowie die betroffene Bevölkerung im Einzugsgebiet in geeigneter Form eingebunden werden.

4. Schließlich möge der für die Holding Graz Linien zuständige Beteiligungsstadtrat Dr. Günter Riegler mit der Nachbargemeinde Stattegg bzgl. Übernahme von Teilen der Betriebskosten für diese Buslinie in Verhandlungen eintreten.
5. Als Ziel-Termin für die Inbetriebnahme der Buslinie 47 - neu soll nach Möglichkeit Ostern 2020 gelten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.12 Anregung zur Unterschutzstellung der Linde auf der Grünfläche
Brückenkopfgasse
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Naturdenkmale sind hervorragende Einzelschöpfungen der Natur, die wegen

- ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen Bedeutung
- ihrer Eigenart, Schönheit oder Seltenheit oder
- ihres besonderen Gepräges für das Landschafts- oder Ortsbild erhaltungswürdig sind.

Laut der Steiermärkischen Berg- und Naturwacht gibt es in Graz derzeit 89 Naturdenkmale. Neue Naturdenkmäler werden nach entsprechender Anregung und Begutachtung unter Schutz gestellt. Auf der Grundfläche zwischen Grieskai und Schiffgasse auf Höhe der Radetzkybrücke befindet sich eine mächtige Winterlinde (mit der Kodierung 11551 im Grazer Baumkataster), deren langfristiger Erhalt vielen BaumschützerInnen in Graz ein großes Anliegen ist.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag:

Der Bezirksnaturschutzbeauftragte der Stadt Graz wird beauftragt, die Unterschutzstellung der im Motivenbericht genannten Linde als Naturdenkmal wohlwollend zu prüfen und gegebenenfalls in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.13 Maßnahmen zur Stärkung von Bezirkszentren in Graz durch Begegnungszonen
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Die Grazer Innenstadt und die Grazer Bezirkszentren erfüllen in einer Stadt wie Graz viele wichtige gesellschaftliche und damit wirtschaftliche Funktionen gleichzeitig: Sie sind Plätze, wo Menschen sich treffen und austauschen, wo Kultur und Leben und damit Wirtschaft und Handel stattfinden.

Dennoch fand in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung statt, welche zahlreiche Grazer Bezirkszentren buchstäblich an den Rand spielte. An den Peripherien entstanden Shopping Zentren, was nicht nur in Graz, sondern ganz besonders im ländlichen Bereich zunehmend zu einer Verödung der Stadt- und Ortskerne führte. Deutlichstes Indiz dafür sind über längere Zeiträume leerstehende Verkaufsflächen in den Erdgeschoßlagen, aber auch Büro- und Wohnflächen sowie die Mobilitätsfrage sind von dieser Entwicklung betroffen.

Vor vier Jahren wurde der Umbau der Wiener Mariahilfer Straße zu einer Begegnungszone abgeschlossen, der damals sehr umstritten war. Das Konzept einer Begegnungszone ist es, dass sich alle VerkehrsteilnehmerInnen dieselbe Fläche teilen. In einer Studie des Standortanwalts der Wirtschaftskammer Wien wurden nun der volkswirtschaftliche Nutzen der Investitionen in die Begegnungszonen Stephansplatz, Herrengasse, Rotenturmstraße sowie in die zukünftigen Projekte Michaelerplatz und

Schwedenplatz in Wien berechnet: Zwei Drittel der städtischen Investitionen sind bereits in der Bauphase zurückgeflossen, die Bruttowertschöpfung beträgt demnach 28,9 Millionen Euro. Zudem wurden 277 nachhaltige Jobs geschaffen und 14 Millionen Euro mehr an Gehältern ausgezahlt.

Der Studie zufolge sind die regional- und volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Umwandlung in Areale zum Verweilen dermaßen positiv, dass man für zahlreiche weitere solche Zonen plädiert. So ließ die Wiener Wirtschaftskammer (WKW) vor Kurzem aufhorchen: Lange Zeit äußerst skeptisch gegenüber städtischen Verkehrsberuhigungsprojekten – Stichwort Mariahilfer Straße – wünscht sie sich nun Begegnungszonen in allen 23 Bezirken. Diese würden sich spätestens zwei Jahre nach Fertigstellung rentieren. Das Wiener Beispiel gilt auch als Vorbild für andere Städte, aber auch für Zentren in Landgemeinden. Man sieht: Einkaufsstraßen in Begegnungszonen umzubauen, zahlt sich auch langfristig aus. Die Kaufkraft bleibt in den Bezirks-, Orts- und Stadtzentren und verschiebt sich nicht in die Shopping-Zentren in der Peripherie.

Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz, allen voran die Stadtplanung und die Wirtschaftsabteilung, mögen

- 1.) zur Belebung und Stärkung der regionalen Wirtschaft den Umbau von Straßen und Plätzen in der Grazer Innenstadt und besonders in den Grazer Bezirkszentren in Begegnungszonen nach Wiener Vorbild prüfen sowie auf Basis der Empfehlungen aus der Klimawandelanpassungsstrategie Elemente für gute Beschattung, Begrünung und Blauräume miteinzubeziehen,

- 2.) dem Wirtschaftsausschuss des Grazer Gemeinderats bis zum Sommer 2020 einen Ergebnisbericht dazu vorlegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.14 Adaptierung des Parkplatzes beim Bad Straßgang
(GR Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das öffentliche Naturbad in Graz-Straßgang zählt mit rund 11.400 m² Wasserfläche zu den größten aufbereiteten Bädern von Europa. Im Sommer wird das Bad an schönen Tagen von tausenden BesucherInnen frequentiert. Angeschlossen an das Bad ist auch der derzeit einzige Campingplatz unserer Stadt, der ganzjährig von vielen Touristen genutzt wird.

Alles in allem ein wunderbares Freizeitparadies mit einem kleinen Schönheitsmanko: Der zum Bad Straßgang gehörige Parkplatz verwandelt sich bei Schlechtwetter allzu oft in eine „Schlammoase“.

Dieser Umstand verärgert nicht nur Badebesucher, die im Sommer nach Regentagen darunter leiden, sondern auch Pendlerinnen und Pendler, die dort ihr Auto parken, um umweltfreundlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Innenstadt zu gelangen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz sollen beauftragt werden, Überlegungen anzustellen, wie der Parkplatz vor dem Bad Straßgang versiegelungsschonend, z.B. mit Rasengittersteinen, adaptiert werden kann, und dies sodann zeitnah umsetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.15 Räumung Franz-Graf-Allee nach Veranstaltungen
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge von diversen Veranstaltungen im Innenstadtbereich ist es immer wieder üblich, im Sinne eines reibungslosen Ablaufs der Veranstaltungen die Franz-Graf-Allee für den Verkehr zu sperren. So ist es auch selbstverständlich, dass diese öffentliche Verkehrsfläche für den beliebten Graz-Marathon temporär für die Veranstalter reserviert wird.

Leider blieb in den letzten Jahren diese wichtige Innenstadtverbindung aber auch an den Folgetagen, also Montag und Dienstag nach dem Marathon, für den Verkehr gesperrt. Die Auswirkungen für den Frühverkehr sind dabei aber höchst negativ, denn diese Maßnahme zieht zahlreiche Staus in den umliegenden Straßenzügen nach sich.

Diese Situation könnte jedoch verhindert werden, wenn den Veranstaltern eine entsprechende Auflage im Bescheid erteilt wird, welche das Räumen der Franz-Graf-Allee bis spätestens Montag 4 Uhr früh vorsieht, sodass der Frühverkehr nicht mehr behindert wird.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen dafür Sorge tragen, dass nach Veranstaltungen in der Innenstadt, die die Franz-Graf-Allee betreffen, die Veranstalter entsprechende Auflagen zur Räumung dieser Verkehrsfläche erhalten, sodass Verkehrsbehinderungen am nächsten Werktag auf ein Mindestmaß reduziert werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.16 Verkehrskoordination Plabutsch-Tunnel
(GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Neben dem 4. Oktober wird wohl auch der 23. Oktober 2019 den Grazerinnen und Grazern hinsichtlich der Verkehrsmisere in Erinnerung bleiben, denn von 5 Uhr früh bis 9 Uhr vormittags musste die Tunnelröhre Richtung Norden aufgrund eines Softwarefehlers gesperrt werden. Die Auswirkungen auf den Frühverkehr in Graz waren fatal. Auf der Triester Straße oder der Tangente Liebenau ging nichts mehr und von Seiersberg in Richtung Zentrum benötigte man über eine Stunde. Viel fataler jedoch war die Tatsache, dass auch die öffentlichen Verkehrsmittel mit einer Verspätung von fast 60 Minuten betroffen waren.

Während nun der Plabuschunnel für den Verkehr in Richtung Norden gesperrt war, konnte jedoch die Tunnelröhre in Richtung Süden ungehindert befahren werden. Und diese Tatsache wirft doch einige Fragen auf, ob bei Setzen von richtigen Maßnahmen

durch die ASFINAG das Verkehrschaos in Graz nicht vermieden oder zumindest ein geringeres Ausmaß angenommen hätte.

So hätte die funktionierende Tunnelröhre für die Zeit der Softwarestörung mit geringerer Geschwindigkeit und mit Gegenverkehr einen Großteil der Verkehrslast abgenommen. Auch Blockabfertigung in beide Richtungen durch eine Tunnelröhre wäre eine denkbare Lösung.

Es ist jedoch unbestritten, dass nach dem 4. und dem 23. Oktober dringend sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen sind, um derartige Situationen zukünftig zu vermeiden. Dazu wird es jedoch notwendig sein, dass die Stadt Graz diese Maßnahmen gemeinsam mit der ASFINAG einerseits und mit der Exekutive andererseits erarbeitet und umsetzt.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die Verkehrsstadträtin wird in Zusammenarbeit mit allen verantwortlichen Stellen des Hauses Graz dringend ersucht, gemeinsam mit der ASFINAG und der Exekutive entsprechende Maßnahmenpakete zu erarbeiten, die im Falle der Sperre einer Tunnelröhre sicherstellen, dass die Belastungen für den Grazer Innenstadtverkehr, insbesondere des öffentlichen Verkehrs, auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Der zuständige Ausschuss und der Gemeinderat sind bis zur Gemeinderatssitzung im Mai 2020 darüber zu informieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.17 Wer muss, der muss!
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

Kostenlose öffentliche WC-Anlagen sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur für unsere Bewohnerinnen und Bewohner. Wer sich in Graz bewegt und „mal muss“, der muss eben. Niemand kann verlangen, dass Menschen, wenn sie eines ihrer grundlegendsten Bedürfnisse erfüllen müssen, erst nach Lokalen oder Betrieben suchen müssen, die ein WC haben, und dort dann auch noch etwas konsumieren müssen. Öffentliche WCs müssen daher rund um die Uhr und ganzjährig zur Verfügung stehen. Bestehende Infrastruktur, wie zum Beispiel an der Mariatroster Endhaltestelle, sollte so umgerüstet werden, dass auch in den Wintermonaten eine Benützung möglich ist. Generell ist es ein Anliegen der Grazer und Grazerinnen, dass WC-Anlagen an möglichst vielen End- und Umsteigestellen des öffentlichen Verkehrs das ganze Jahr über zur Verfügung stehen.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

- 1) Ausbau der öffentlichen WC-Anlagen vor allem im Bereich der Endhaltestellen sowie Umsteigestellen des öffentlichen Verkehrs.
- 2) Umrüstung bestehender WC-Anlagen, um ganzjährige Benutzung sicherzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit haben wir den öffentlichen Bereich abgearbeitet. Ich darf mich bei allen Damen und Herren auf der Galerie, auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Sicherheit sorgen, herzlichst bedanken. Ich darf Sie bitten, die Galerie zu räumen und die Türen zu schließen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. November 2019

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm. Mag. **Nagl** schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.10 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadträtin
Elke Kahr

Schriftführer und Schriftprüferin

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Tamara Ussner

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter